



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

88. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

30. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700
Vorlage 14/2789 (Erläuterungsband)

Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2010, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)

Minister Karl-Josef Laumann führt in den Einzelplan 11 des Haushaltsgesetzes 2010 ein.

¹ TOP 8 siehe nöAPr 14/198

2 Gesetz zum Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen (Gesundheitsfachhochschulgesetz) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9249

Ausschussprotokoll 14/933

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der AGS-Ausschuss empfiehlt dem federführenden AIWMT mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9249 anzunehmen.

3 Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9710

– Festlegung des Beratungsverfahrens

Der AGS-Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf ein Expertengespräch führen.

4 Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich der Jugendwohlfahrt nach dem Jugendschutzgesetz, dem Sozialgesetzbuch VIII – Kinder und Jugendhilfe – und dem Jugendfreiwilligendienstgesetz (ZuVo JuWo) 19

Vorlage 14/2785

Der Ausschuss nimmt die Verordnung zur Kenntnis.

- 5 „BewohnerInnen in vielen Pflegeheimen in NRW von Mangelernährung bedroht“; Erste Ergebnisse einer Studie der Universität Witten/Herdecke** **20**
- Vorlage 14/2834
- Bericht der Landesregierung
- Minister Karl-Josef Laumann und MDgt Ullrich Kinstner nehmen für das MAGS Stellung und beantworten Fragen aus dem Ausschuss.
- 6 „Wohnberatung in NRW – Situation nach dem Auslaufen des Landesmodellprogramms“** **27**
- Sachstandsbericht der Landesregierung
- Die Obleute sollen das weitere Vorgehen klären.
- 7 Verschiedenes** **28**
- a) Schweinegrippe** **28**
- b) Gespräch mit dem Verband der Ersatzkassen e. V.** **31**

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Vorlage 14/2789 (Erläuterungsband)

Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2010, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)

Minister Karl-Josef Laumann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) berichtet zur Einführung in Einzelplan 11 des Haushaltsgesetzes 2010 wie folgt:

Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fachabteilungen haben mir eine Haushaltsrede von 33 Seiten Umfang geschrieben. Die werden wir gleich im Ausschuss verteilen. Ich werde mich in meinem mündlichen Bericht, wenn Sie damit einverstanden sind, darauf beschränken, die aus meiner Sicht etwas wesentlicheren Punkte anzusprechen.

Ich lege Ihnen mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2010 den fünften Haushaltsplan in unserer Verantwortung vor. Die Haushaltspläne dieser Regierung haben einen – wie immer Sie das möchten – roten bzw. schwarzen Faden; denn dies ist schließlich die Regierung der Erneuerung unseres Landes, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Gerechtigkeit. Das spiegelt sich natürlich in dem Zahlenwerk unseres Haushaltsplans wider.

Dieser Haushaltsplan ist unter schwierigsten Bedingungen aufgestellt worden; denn die Wirtschafts- und Finanzkrise schlägt voll auf die Einnahmenseite des Haushalts unseres Landes. Im Grunde genommen hat die Landesregierung in ihrer Verantwortung für das Land eine Grundsatzentscheidung gefällt: dass wir gegen die Steuerzufälle, die mit dieser Krise zusammenhängen, nicht ansparen können. Deswegen sieht der gesamte Haushaltsplan eine Nettoneuverschuldung von 6,69 Milliarden € vor. Das ist sehr ärgerlich, finde ich, weil die Konsolidierungsbemühungen der ersten Jahre damit im Grunde aufgegeben werden. Aber es ist aufgrund der Situation, in der unser Land wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist, nicht anders machbar.

Unser Entwurf umfasst Ausgaben in Höhe von 2,87 Milliarden €. Ein Großteil der Ausgabenmittel ist faktisch durch gesetzlich bedingte Ausgaben festgelegt. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage ist es aber auch für den Haushalt 2010 gelungen, neue Akzente zu setzen. Dazu zählt für mich insbesondere der Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen.

Dass wir die Mittel für den Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ anheben müssen, hängt nicht damit zusammen, dass es mehr Kinder in SGB-II-Familien gibt, sondern damit, dass die Regierung in einem weiteren Feld, nämlich im Ausbau des Ganztagschulangebots, erfolgreich ist. Hier müssen wir den Mitteleinsatz um 4,3 Millionen € erhöhen, um unsere Zusage einzuhalten, dass jedes Mittagessen eines Kindes aus einer Familie, die SGB II bezieht, vom Land Nordrhein-Westfalen mit 1 € pro Mahlzeit gesponsert wird.

Wir haben die Fördermittel für das Programm „Integration unternehmen“ – weil das alles in allem sehr gut läuft, ich mich über das Programm auch sehr freue – um 1,7 Millionen € aufgestockt. Ich möchte gerne, dass wir Schritt für Schritt Arbeitsplätze für behinderte Menschen in unserem Land schaffen. Überall entstehen jetzt Integrationsunternehmen. Diese zu entwickeln ist in der Wirtschaftskrise natürlich etwas schwieriger. Aber ich bin sehr zufrieden mit der Entwicklung und freue mich über jeden Bewilligungsbescheid und jede Einweihung in diesem Bereich.

Mit dem Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen mit Standort in Bochum wollen wir in ganz besonderer Weise zum Ausdruck bringen, welche Bedeutung die Gesundheitswirtschaft hat: auf der einen Seite für die Entwicklung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen, auf der anderen Seite aber natürlich auch für die Beibehaltung des hohen Standards der Gesundheitsversorgung unseres Landes. Das Endziel eines solchen Campus ist es, dass er eine über Nordrhein-Westfalen hinausgehende Strahlkraft haben muss. Ich rede aus guten Gründen nicht so gerne von Leuchtturmprojekten. Aber dieser Campus muss – bezogen auf seine Bedeutung – ein Leuchtturm werden, der auch über Tag leuchtet und nicht nur nachts zu sehen ist.

Herzstück ist die Fachhochschule. Wir sprechen in dieser Ausschusssitzung noch an anderer Stelle über dieses Thema.

Ich glaube aber, dass der Gesundheitscampus insbesondere auch in der Frage der Versorgungsforschung eine große Rolle spielen muss. Hier möchten wir Akzente setzen. Die nachgelagerten Bereiche des MAGS sollen, so weit es Sinn macht, im Gesundheitscampus gebündelt werden. Das ist Ihnen bekannt; die Kabinettsbeschlüsse dazu liegen seit längerer Zeit vor.

Der Campus ist im Haushaltsplan mit ausreichend Geld versehen worden, um die Anfangsfinanzierung in diesen Fragen sicherzustellen.

Ich hoffe, dass es uns gelingt, in den Campus auch das für die ganze Nation zuständige Heilberuferegister zu holen. Sie wissen, dass die GMK mit knapper Mehrheit entschieden hat, dass dies nach Nordrhein-Westfalen geht und nicht nach Rheinland-Pfalz, die beide in dieser Frage miteinander konkurriert hatten. Das wird den Gesundheitscampus in Bochum noch einmal erheblich stärken.

Die Gesundheitskarte wird in Nordrhein in diesen Wochen in Kraft gesetzt. Das ist eine gewaltige Anstrengung, die da im Bereich Telematik in unserem Land stattfindet. Rund sieben Millionen Versicherte im Rheinland werden diese neue Krankenkasskarte bekommen. Ich bin sicher, dass wir damit auch die erste in der Fläche vorhandene Struktur geschaffen haben und dass Telematik und Telemedizin in Nord-

rhein-Westfalen einen wichtigen Infrastrukturbeitrag zum Gesundheitswesen leisten werden.

Für den Aufbau des Gesundheitscampus und des Strategiezentrums werden zusätzlich 1,4 Millionen € für Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt. Das Strategiezentrum ist von besonderer Bedeutung und wird in diesen Monaten sukzessive mit Personal aufgebaut.

In der Versorgungsforschung werden wir noch einmal eine Ansatzsteigerung von 2,4 Millionen € vornehmen.

Über die Fachhochschule für Gesundheitsberufe reden wir später in diesem Ausschuss. Dass sie das Kernstück des Campus ist und mit tausend Studierenden Leben hineinbringt, liegt auf der Hand. Unsere Entscheidung, zu einer Akademisierung der Pflegeberufe und auch der nichtärztlichen Heilberufe zu kommen, ist in einem Teilbereich der Ausbildung richtig. Man muss anerkennen, dass wir erst seit wenigen Wochen die bundesgesetzliche Grundlage haben, um sogenannte Modellprojekte auch außerhalb der Pflegeberufe, nämlich bei den nichtärztlichen Heilberufen, durchführen zu können. Ich darf mich bei all denjenigen bedanken, die uns unterstützt haben, dass wir diese Entscheidung von Bundestag und Bundesrat noch vor dem Ende der Wahlperiode des Deutschen Bundestages hinbekommen haben.

Natürlich ist die Berufsausbildung in der Arbeitsmarktpolitik ein ganz wichtiges Thema. Das wird auch weiterhin so sein; denn wir haben viele junge Leute, die nach zehn Jahren Schule nicht in der Lage sind, Berufsausbildungen zu beginnen. Das Land bleibt mit seinem Angebot „BUS“ im Schulbereich am Ball und stellt hierfür weiterhin 3 Millionen € zur Verfügung.

Das Werkstattjahr erfreut sich großer Beliebtheit. Es ist für diejenigen gedacht, die keinen Ausbildungsplatz, keinen Arbeitsplatz haben und keine Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit bekommen. Wir haben das jetzt völlig nachgelagert angesiedelt; Vorrang hat die Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit. Wir wollen das sehr stark auch auf junge Leute, die keinen Schulabschluss haben, ausrichten. Im Werkstattjahr waren aber teilweise sogar junge Leute mit sehr guten Schulabschlüssen.

Beim Werkstattjahr macht uns eine Entwicklung seit ein paar Wochen auch hauswirtschaftsmäßig Sorgen. Die Bundesagentur für Arbeit hat finanzielle Probleme, die damit zusammenhängen, dass erhebliche Mittel für Kurzarbeit abfließen. Wir Arbeitspolitiker halten es wohl alle für richtig, dass Kurzarbeit besser ist als Entlassungen. Aber auch für Qualifizierungsprogramme wie etwa das Wegebauprogramm sind Mittel abgeflossen. Wir haben in der Fachabteilung von Herrn Dr. Schäffer den Eindruck, dass die Arbeitsverwaltung ganz gerne einmal fragt, warum sie etwas machen muss, wenn es doch das Werkstattjahr gibt. An der Stelle drückt zurzeit mächtig was bei uns herein, was natürlich Auswirkungen auf den Haushalt hat. Darüber müssen wir auch mit der Bundesagentur für Arbeit reden. Es kann nicht sein, dass sie Mittel in Nordrhein-Westfalen einspart, indem sie auf ein Landesprogramm verweist. Wir können mit den ESF-Mitteln für unser Land keine Auffangstation der Bundesagentur für Arbeit sein; das ist mit 140 Millionen € Budget schlicht und ergreifend nicht möglich.

Ich gehe davon aus, dass wir mit dem zukünftigen Bundesarbeitsminister solche Fragen auch in Nordrhein-Westfalen zielführend besprechen können.

Wir wollen die Verbundausbildung als einen Systemschritt beibehalten. Ich glaube, auch wenn sie mit einer Förderzahl von etwa tausend Ausbildungsstellen immer noch eine kleine Pflanze ist, dass sie vom methodischen Ansatz her richtig ist und man sie deswegen in dem Instrumentenkatalog der Berufsausbildung lassen muss. Bevor Betriebe gar nicht ausbilden, ist es mir lieber, dass sie im Verbund ausbilden. Dafür gibt es diese Förderung.

Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung wird natürlich auch weiterhin vom Land gefördert. Das betrifft insbesondere die Bildungseinrichtungen der Handwerkskammer.

Das Werkstattjahr ist mit 24 Millionen € ausgestattet.

Der dritte Weg der Berufsausbildung für insgesamt 1.700 Jugendliche ist im nächsten Haushalt mit 7,6 Millionen € angesetzt. Dieses neue Instrument, mit dem jungen Leuten, die sich mit dem Lernen schwerer tun als andere, mehr Zeit für die Berufsausbildung gegeben wird, ist ein interessanter Ansatz, an dem ich festhalten will. Das ist auch bei denjenigen, die studieren, so: Nicht alle werden in der Regelstudienzeit fertig; aber kein Mensch redet darüber, wenn sie ein oder zwei Semester länger studieren. Manche aus dem politischen Bereich sollen noch ein paar Semester länger gebraucht haben. Aber in der Lehre gibt es bisher eine Schablone von drei oder dreieinhalb Jahren. Warum soll man nicht den Leuten, die langsamer lernen als andere, mehr Zeit zum Lernen geben, damit sie eine qualifizierte Abschlussprüfung machen können? Meine These ist: In einer 45- bis 50-jährigen Berufsbiografie ist es nicht die entscheidendste Frage, ob man drei oder vier Jahre in der Lehre war.

Wir werden weiterhin in der Arbeitsmarktpolitik unseren Beitrag zur Beschäftigungsfähigkeit leisten. Da spielt der Bildungsscheck natürlich eine große Rolle. Sie wissen, dass das das beste, unkomplizierteste, in der Masse am stärksten genutzte berufliche Weiterbildungsmittel in ganz Europa ist. – Im Übrigen hat der Bund einmal versucht, ein ähnliches Instrument aufzulegen. Da gab es nur wenige hundert Zuwendungen in ganz Nordrhein-Westfalen, weil das über die Bundesagentur für Arbeit wieder so kompliziert gemacht wurde, wie man etwas macht, wenn man nicht will, dass die Mittel abfließen. – Ich glaube, dass unser Bildungsscheck hier in Nordrhein-Westfalen eine Erfolgsstory in der beruflichen Weiterbildung, in der beruflichen Qualifizierung insbesondere auch der Arbeitnehmer im Mittelstand ist.

Gleiches gilt nach meiner Auffassung auch für die Potenzialberatung, von der mittlerweile rund 1.700 Betriebe mit 55.000 Beschäftigten profitiert haben.

Der Bereich der Behinderten spielt eine große Rolle. Ich habe es eingangs schon gesagt: Wir machen unverändert stark weiter mit der Förderung des Ausbaus von Behindertenwerkstätten. Wir haben derzeit etwa 63.000 solcher Arbeitsplätze und werden noch einige Jahre die Zahl dieser Plätze in Nordrhein-Westfalen erhöhen müssen. Der Aufbau der Behindertenwerkstätten ist nicht abgeschlossen, was auch mit der schlimmen Geschichte unseres Landes zusammenhängt; denn früher hatten wir keine alten Behinderten. Inzwischen ist die medizinische Versorgung besser ge-

worden. Die Entwicklung der Lebensqualität und der Lebenserwartung von Menschen mit Behinderung ist Gott sei Dank in etwa parallel gelaufen zu der von Menschen, die nicht behindert sind. Das sind sehr schöne Erfolge in diesem Bereich. Aber das heißt auch, dass wir noch ungefähr zehn Jahre lang einen Aufwuchs der Zahl dieser Arbeitsplätze brauchen. Deswegen wird die Förderung mit rund 8 Millionen € im Haushalt sichergestellt. Wir haben da umgestellt: ein bisschen weniger Baransatz, ein bisschen mehr VE. Das hängt mit der Barmittelplanung und -bewilligung in einem Haushaltsjahr zusammen, wonach am Jahresende zu viele Mittel nicht abgeflossen waren. Das ist ärgerlich, weil ich das Geld gerne in diesem Bereich binden möchte.

Entlastet werden die Behindertenwerkstätten sicherlich auch durch das Integrationsprogramm für die Integrationswerkstätten. Das möchte ich auch mittelfristig fortsetzen, weil ich glaube, dass der Aufbau von Integrationswerkstätten nicht abgeschlossen ist. Das ist eine tolle Sache, die die Behindertenwerkstätten entlastet, aber für behinderte Menschen auch Arbeitsplätze schafft, mit denen man unabhängig vom SGB II leben kann. Das muss das Ziel sein: dass wir für Behinderte Arbeitsplätze mit einer so hohen Wertschöpfung haben, dass diese Menschen außerhalb des Sozialsystems von der eigenen Arbeit leben können.

Wir werden im nächsten Jahr weiter stark daran arbeiten – ich weiß noch nicht genau, wie wir es machen –, dass wir auch in der Frage der Lebensälteren und der Rekrutierung für Pflegeberufe vorankommen. Es ist unbefriedigend, dass die Zahl der Umschulungen über die Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen derzeit auch im Vergleich zu anderen Bundesländern so tief ist. Wir müssen zumindest ähnliche Förderprogramme bekommen, wie andere Länder sie haben. Ich halte das für ziemlich wichtig, um auch die Ausstattung mit Pflegepersonal sicherzustellen.

Zur Gesundheitspolitik! Ich gehe davon aus, dass uns im nächsten Monat die neue Grippe erheblich beschäftigen wird. Das betrifft die Frage, wie wir die gewaltige Impfkation in diesem Land auch zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen umsetzen können. Sie wissen, dass das Land Nordrhein-Westfalen bis jetzt für gut zehn Millionen Menschen Impfstoff bestellt hat. Alle anderen Länder haben das für den gleichen Prozentsatz ihrer Bevölkerung gemacht.

Die verimpften Dosen werden über die Krankenkassen finanziert. Dafür gibt es die Rahmenvereinbarung des Bundesgesundheitsministeriums. Das Problem ist, dass die Kosten für die nicht verimpften Dosen beim Land hängen bleiben. Auch ich kann Ihnen nicht sagen, wie viel das sein wird. Niemand weiß, inwieweit die Menschen von diesem Impfangebot Gebrauch machen werden. Das kann man nicht kalkulieren. Wenn die Grippe stark sein wird, wenn es den ein oder anderen Todesfall geben sollte, wovon man bei einer Grippe immer ausgehen muss, wird die Impfsituation wohl anders aussehen, als wenn die Krankheit weiterhin einen sehr flachen Verlauf hat. Jede Gesundheitsministerin und jeder Gesundheitsminister muss da ein bestimmtes Risiko eingehen. Wenn sich viele Menschen impfen lassen wollen und man hat keinen Impfstoff, ist das ein Problem. Und wenn man zu viel Geld hinauswirft für Impfdosen, die nicht gebraucht werden, hat man auch ein Problem; denn öffentliches Geld ist knapp. Ich kann nur hoffen, dass wir uns da richtig entschieden haben.

Wir werden die Kommunalisierung im Aids- und Suchtbereich natürlich fortsetzen. Sie wissen, dass die Rahmenvereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden nach langem Hin und Her unterzeichnet wurden. Das war ein schwerer Kraftakt, für mich im Übrigen auch Lehrgeld, nie etwas zu kommunalisieren, bevor nicht eine Rahmenvereinbarung steht. Ganz zu Anfang meiner Ministertätigkeit habe ich noch geglaubt, dass da gute Menschen sind. Jetzt weiß ich, dass man sehr aufpassen muss, um auch Vereinbarungen treffen zu können. Aber am Ende bin ich froh, dass sich auch der Landkreistag entscheiden konnte, diese Rahmenvereinbarung zu unterstützen.

Sie wissen – damit haben Sie sich in der Anhörung heute Morgen beschäftigt –, dass wir in der Psychiatrieplanung insbesondere für Kinder und Jugendliche neue Schwerpunkte setzen müssen.

Wir haben zur Krankenhausförderung im Grunde nichts Neues zu berichten. Wir haben auf das pauschale Finanzierungssystem umgestellt. Ich gehe davon aus, dass schon im Jahre 2010 etwa 300 unserer rund 400 Krankenhäuser in diesem neuen System sein werden, dass der Umschwung von dem alten, intransparenten System der Einzelförderung hin zu dem transparenten und gerechten System der Pauschale also relativ schnell vonstatten gehen wird. Die Begeisterung in der Krankenhaushauslandschaft dafür ist ja auch ungebrochen positiv.

Das Sonderprogramm Krankenhausportal war befristet und läuft jetzt aus. Wir werden im Haushalt natürlich auch weiterhin Mittel zur Deckung kurzfristiger Investitionsbedarfe, zum Beispiel für ein defektes Röntgengerät, zur Verfügung stellen.

Der Maßregelvollzug ist in Nordrhein-Westfalen auf der einen Seite auf einem guten Weg, auf der anderen Seite auf einem bedenklichen Weg. Gut ist, dass wir jetzt Gott sei Dank mit den Baumaßnahmen rasant vorankommen. Gut ist, dass das Konzept, das man hier seinerzeit im Konsens erarbeitet hat, das die Vorgängerregierung eingestiftet hat, nämlich die Patienten in dem für sie zuständigen Landgerichtsbezirk unterzubringen, vor Gericht bisher trägt.

(Gerda Kieninger [SPD]: Trotz aller Proteste vor Ort!)

– Ich habe schon damals, ohne zu wissen, dass ich einmal in die Landespolitik gehen würde, der Forensik in Rheine die Stange gehalten und Glück gehabt, nicht populistisch gewesen zu sein. Ich will Sie doch loben, weil ich weiß, wie Ihre Seelenlage zurzeit ist. Ich verstehe, dass man dann dünnhäutig und sensibel ist.

(Vorsitzender Günter Garbrecht: Unsere Seelenlage ist stabil, Herr Minister!)

– Wissen Sie, ich habe das 1998 auch erlebt und weiß, wie meine Seelenlage damals war.

Also: Mit der Umsetzung der Neubauprojekte entlasten wir die bestehenden, traditionellen Standorte. Das ist eine gute Entwicklung.

Auch Münster läuft jetzt; die Aushandlung des Vertrages mit den Alexianern war an vielen Stellen nicht ganz einfach. Das gilt auch für Bethel und das Johannswerk in

Duisburg. Aber wir haben die Übernahme auch da vernünftig hinbekommen. Jetzt haben wir also auch zwei gemeinnützige Trägerstrukturen in diesem Bereich.

Was mir Sorgen macht – das muss man ganz klar sehen –, das ist der unaufhaltsame Aufwuchs der Zahlen im Maßregelvollzug. Der kostet uns sehr, sehr viel Geld: immerhin knapp 250 Millionen €. Es ist aber notwendig. Ein guter Maßregelvollzug muss auch therapieren und zur Heilung und damit zur Entlassung führen. Aber dennoch ist der Platzaufwuchs für den Sozialhaushalt ein Problem und macht mir Sorgen. Da geht es um Tagessätze, die sicherlich vielen Menschen schwer vermittelbar sind. Die Zahlen kann man im Grunde nur durch einen qualitativ hochwertigen Maßregelvollzug beeinflussen. Eine andere Möglichkeit sehe ich nicht; denn die Zuweisungen erfolgen nicht durch Politik und Landesregierung, sondern durch die Justiz. Die Entwicklung der Gesellschaft ist nun einmal so. Es gibt nur diese Möglichkeiten. Aber in der Abwägung von Kosten und Strukturen sind wir auf einem guten Weg.

Für die Landesregierung und wohl auch für den Landtag ist von Interesse, dass es jetzt, da mit Verlegungen ernst gemacht wird, an den traditionellen Standorten zu Entlastungen und damit zu einer Diskussion über die Arbeitsplätze kommt. An manchen dieser alten Standorte gibt es durchaus Bereitschaft, über Kapazitätserweiterungen, die natürlich mit Investitionen zusammenhängen, positiver nachzudenken, als das früher der Fall war.

Ich glaube im Übrigen, dass mit dem damaligen Konzept, von dem ich nachdrücklich sage: „À la bonne heure, das ist ein gutes Konzept!“, in die ganze Angelegenheit ein bisschen Vertrauen hineingekommen ist. Die Probleme waren seinerzeit durch Überbelegung und viele andere Dinge gekennzeichnet. Wenn nun an bestehenden Standorten Kapazitätserweiterungen möglich sind, hat das natürlich Vorteile; denn man wird keine solch scharfe Standortdebatte führen müssen, man wird nicht so viel Geld für Sicherungsanlagen ausgeben müssen. Wir werden Schritt für Schritt prüfen, was man an Kapazitätserweiterungen erreichen kann.

Die schulische Seite der Pflegeausbildung wird in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf einem hohen Niveau gefördert.

Damit habe ich die aus meiner Sicht wichtigsten Punkte für den Haushalt 2010 vorgestellt. Es gibt natürlich noch viele weitere Punkte, die wir gerne noch im Einzelnen beraten können.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Haushaltsberatungen mit den Fraktionen.

Auf Nachfrage stellt **Vorsitzender Günter Garbrecht** fest, dass der Ausschuss an dieser Stelle auf eine Diskussion verzichte. Der Sprechzettel des Ministers werde im Ausschuss verteilt. Speziellere Nachfragen seien entsprechend der Vereinbarung zum weiteren Fortgang der Haushaltsplanberatungen schriftlich an das Ministerium zu richten.

